



AMERIKA/KUBA - Regierung gibt zwei Schulen und ein Grundstück an die katholische Kirche zurück

Bayamo (Fidesdienst) – Die Behörden der Provinz Granma im Südosten von Kuba geben zwei Gebäude und ein Grundstück an die katholische Kirche zurück. Die Maßnahme findet im Rahmen der politischen Vorgaben von Staatspräsident Raul Castro statt, der Güter, die im Jahr 1961 beschlagnahmt wurden, an die Kirche zurückerstatten will. Damals wurden 339 katholische Schulen und die katholischen Universitäten Villanueva und La Salle in Havanna verstaatlicht. Damit wurde der Kirche ihre wichtigste Einkommensquelle genommen. Beschlagnahmt wurden auch Kirchen und Kapellen.

Zu den nun zurückgegebenen Einrichtungen gehört die Schule „Colegio Divina Pastora“ in der Stadt Bayamo (700 Kilometer südlich von Havanna), wo derzeit die staatliche Grundschule Manuel Asunce untergebracht ist. Die Kirche begrüßt dieses „ganz und gar positive Geste“, so Bischof Alvaor Julio Beyra Luarca von der Diözese Santissimo Salvador de Bayamo y Manzanillo in Granma.

Die Provinzbehörden stellen auch ein weiteres Grundstück für den Bau einer Kirche für die Gläubigen in Cauto Embarcadero und Rio Cauto zur Verfügung, wo es „heute kaum kirchliche Infrastrukturen gibt, was die seelsorgerische Betreuung sehr schwierig macht“, so Bischof Beyra. Bereits 2012 hatte die Regierung der Erzdiözese Havanna die Kapelle der Universität Villanueva zurückgegeben, die sich jedoch in einem sehr schlechten Zustand befindet und restauriert werden muss.

„Bisher habe ich noch nicht mit anderen Bischöfen gesprochen und ich weiß nicht ob auch in anderen Diözesen kirchliches Eigentum zurück gegeben wurde, doch ich glaube es handelt sich um Maßnahmen die auf nationaler Ebene durchgeführt werden sollen“, so Bischof Beyra zur Presse. Der Sekretär der Kubanischen Bischofskonferenz berichtete unterdessen, dass das Büro für Religiöse Angelegenheiten der Regierungspartei der Kirche gegenüber den Willen der Regierung kundgetan hat, einige Immobilien zurückzugeben, die verstaatlicht worden waren. (CE) (Fidesdienst, 26/01/2013)